

und Afrikas besuche. Die weiteren Stationen der Reise waren der Iran, Syrien, Jordanien sowie Zypern.

In Gesprächen versicherten sich die Vertreter beider Länder, zu denen auf chinesischer Seite der stellvertretende Außenminister Ji Peiding sowie der stellvertretende Außenhandelsminister Sun Guangxiang zählten, gegenseitig ihrer übereinstimmenden Sichtweise im Hinblick auf das Thema Menschenrechte, die Problematik der internationalen Anti-Raketen-Verträge sowie den Kampf beider Länder gegen häretische Kulte. Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung eines Abkommens über den Teilerlass der ugandischen Staatsschulden an China dankte der ugandische Ministerpräsident Apolo Nsibambi den chinesischen Gästen für die Unterstützung der VR China während der vergangenen Jahre. Chinesische Hilfsprojekte wie die durch eine Schenkung der chinesischen Regierung ermöglichte Errichtung des Nationalstadions, Stipendienangebote oder die Entsendung von medizinischen Teams aus China hätten in erheblichem Maße zum wirtschaftlichen Fortschritt und der sozialen Entwicklung des Landes beigetragen.

Abgesehen vom Schuldenerlass unterzeichneten beide Seiten während des Besuchs Hu Jintaos eine Vereinbarung über eine weitere chinesische Schenkung, die Forschungsarbeiten zu Ebola ermöglichen soll. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll ebenfalls gestärkt werden. Diesem Zweck dient ein weiteres Abkommen über die gemeinsame Ausbeutung von Ölvorkommen in Uganda. Die stellvertretende ugandische Präsidentin Speciosa Kazibwe gab allerdings den chinesischen Gästen gegenüber ihrer Hoffnung Ausdruck, auch andere chinesische Unternehmen mögen in größerer Zahl in ihr Land kommen und die ökonomische Kooperation ausweiten. (XNA, 18.1., 19.1., 20.1.01) -kg-

10 Hu Jintao besucht Zypern

Während eines Besuchs des chinesischen stellvertretenden Staatspräsidenten Hu Jintao auf Zypern Mitte Januar war die politische Lage auf der geteilten Insel eines der zentralen Gesprächsthemen. Hu sagte, China hoffe, griechische und türkische Zyprioten werden mit der Hilfe des UN-General-

sekretärs Kofi Annan eine gemeinsame Lösung für das Zypernproblem finden. In einem Treffen mit dem zypriotischen Präsidenten Glafcos Clerides sagte Hu, beide Konfliktparteien sollten auf dem Verhandlungswege ihre Differenzen verringern, um auf der Grundlage der UN-Resolutionen zur Zypernfrage eine Basis für gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. China unterstütze das Engagement des UN-Generalsekretärs und hoffe auf einen erfolgreichen Abschluss der geplanten sechsten Verhandlungsrunde. Insgesamt habe China immer die Ansicht vertreten, die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität Zyperns und seine Blockfreiheit müssten respektiert werden.

Clerides erkannte ausdrücklich die Anstrengungen an, die China hinsichtlich der Zypernfrage in den Vereinten Nationen unternommen habe. Er versicherte die chinesische Seite im Gegenzug der uneingeschränkten Unterstützung Zyperns für den Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO). Die Volksrepublik China werde als Mitglied der Organisation eine wichtige und konstruktive Rolle spielen.

Beide Seiten waren sich einig in der Bewertung der bilateralen Beziehungen und erzielten in ihren Gesprächen einen breit angelegten Konsens über die Kooperation der beiden Staaten auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Kultur, Wissenschaft und Technologie. Abschließend wohnten beide Staatsmänner der Unterzeichnung einer bilateralen Vereinbarung zwischen China und Zypern über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Investitionen bei. Zwei weitere Abkommen konnten zwischen der chinesischen Zhongxing Telecom Ltd. und der zypriotischen Telekommunikationsbehörde geschlossen werden. Die Vertragspartner vereinbarten darin die Zusammenarbeit im Telekommunikationssektor. (XNA, 17.1.01) -kg-

Innenpolitik

11 Publikation der *Tiananmen-Akte*: Argumente für und gegen ihre Echtheit

Eine Anfang Januar in den USA erschienene umfangreiche Buchpublikation mit dem Titel *The Tiananmen Papers: The Chinese Leadership's Decision to Use Force Against Their Own People - In Their Own Words* (Public Affairs, 2001) hat internationales Aufsehen erregt. Auch auf dem deutschen Markt war zwei Tage später eine Übersetzung des Buches zu erhalten (*Die Tiananmen-Akte*, Propyläen-Verlag Berlin, 2001); Auszüge aus dem Buch fanden sich ferner in der englischsprachigen Zeitschrift *Foreign Affairs* und in der deutschen Wochenzeitschrift *Der Spiegel*. Eine erweiterte chinesischsprachige Ausgabe des Buches soll im Frühjahr 2001 folgen.

Die Publikation erhebt den Anspruch, die Entscheidungsprozesse auf höchster Partei- und Regierungsebene zu enthüllen, wie sie zwischen Mitte April und Ende Juni 1989 für den Umgang mit und die Niederschlagung der Studentenbewegung verantwortlich waren. Zu diesem Zweck bietet das Buch eine chronologische Aufreihung von Ausschnitten aus verschiedenartigen als geheim klassifizierten Dokumenten, ergänzt um Hintergrundinformationen und Erläuterungen. Für die Publikation ausgewählt wurden insbesondere Protokolle hochrangiger Entscheidungen der Parteizentrale, darunter Aufzeichnungen von Telefongesprächen und informellen Treffen von Mitgliedern der Führungsspitze, interne Lageberichte verschiedener Organe innerhalb der Partei- und Staatsratsbürokratien in Beijing und den Provinzen sowie internationale Reaktionen und Medienberichte.

Nach Angaben der Herausgeber des Buches, den renommierten China-Wissenschaftlern Andrew Nathan (Columbia University) und Perry Link (Princeton University), sowie dem Autoren des Nachworts Orville Schell (University of California at Berkeley) zufolge wurden die Dokumente von einer Person chinesischer Herkunft mit

dem Pseudonym „Zhang Liang“, die sich selbst dem Umkreis reformorientierter Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas zuordnet, in Form von Computer-Disketten mit Transkripten von Originalmaterialien überbracht. Als Motiv des chinesischen Kompilators für die Enthüllung der Materialien wird der Wunsch genannt, die Voraussetzungen für eine Revision der offiziellen Beurteilung der Ereignisse von 1989 als „konterrevolutionäre Rebellion“ zu schaffen und damit insgesamt einen Anstoß für Reformen des politischen Systems aus den Reihen der KPCh selbst zu geben.

Die Publikationen der umfänglichen Sammlung von „Geheimdokumenten“ hat international großes Interesse geweckt und zwiespältige Reaktionen erzeugt. Während die westliche Presse bisher mehrheitlich von der Authentizität der Materialien ausgeht und die sensationellen Enthüllungen bisher verborgener Entscheidungen in der Führungsspitze preist, bezweifeln einzelne englischsprachige und insbesondere Hongkonger Medien die Echtheit der Dokumente. Eine unumwundene Einstufung der Dokumente als Fälschung bot - wie zu erwarten - die offizielle chinesische Seite. Sie argumentierte, dass an dem unter der kollektiven Führung der Partei getroffenen Urteil über die politischen Ereignisse im Jahr 1989 nicht zu rütteln sei, dass die damals von der Führung ergriffenen prompten und unterschiedenen Maßnahmen im Sinn des Erhalts der Stabilität und der Entwicklung des Landes notwendig gewesen seien und dass alle Versuche, „die Sache erneut hochzuspielen“ und China durch die „Fabrikation“ falscher Materialien und die „Verzerrung“ von Fakten zum Scheitern verurteilt seien. Aus in China vertriebenen internationalen Zeitschriften und Zeitungen sollen relevante Meldungen über die Tiananmen-Dokumente herausgetrennt worden sein.

Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine objektive Überprüfung der Authentizität der Materialien nicht möglich erscheint, seien im Folgenden die wichtigsten Argumente zusammengestellt, die von verschiedenen Seiten für und gegen die Echtheit der Dokumente angeführt worden sind.

Die Herausgeber des Buches sind nach ihren eigenen Worten „[...] weitgehend

von der Glaubwürdigkeit der *Tiananmen-Akte* überzeugt“, auch wenn sie „[...] noch immer nicht in der Lage sind, mit völliger Sicherheit ihre Authentizität zu proklamieren.“ Für ihre Überzeugung der Echtheit der Dokumente geben sie die folgenden Gründe an:

1. Im Lauf der Zusammenarbeit mit dem Kompilator „Zhang Liang“ sei dieser den Herausgebern zunehmend vertrauenswürdig erschienen; ihre schrittweise Einsicht in dessen Motive und Ziele ließen diese als insgesamt glaub- und förderungswürdig erscheinen.
2. Die Wahrung der Anonymität des Kompilators und seiner Informanten, die mit der Entwendung der Dokumente und ihrer Veröffentlichung im Ausland ein beträchtliches persönliches Risiko auf sich genommen hätten, sei zu deren Schutz unabdinglich. Die daraus entstehende Intransparenz des Informationsbeschaffungs-, Kompilations- und Publikationsprozesses sei notwendige Folge und Abbild der diskretionären und repressiven Informationspolitik in der VR China; die Authentizität der Quellen sei durch die Notwendigkeiten aber nicht in Frage gestellt.
3. Die *Tiananmen-Akte* besitze „[...] einen inneren Zusammenhang, eine Reichhaltigkeit und menschliche Glaubwürdigkeit, die zu falschen nahezu unmöglich wäre.“
4. Verschiedene Detailfakten habe man durch Vergleiche mit anderweitig international zugänglichen Dokumentationen der Ereignisse von 1989 und durch Rückfragen bei im Ausland lebenden Zeugen der damaligen Ereignisse erhärtet und dadurch die Wirklichkeitstreue der Dokumente bestätigen können.

Demgegenüber präsentieren verschiedene internationale und Hongkonger Pressekommentatoren eine Reihe von Argumenten, die die Authentizität der Dokumente in Zweifel ziehen. Parallel zu den oben genannten vier Punkten können diese Argumente wie folgt zusammengefasst werden:

1. Bezüglich der Identität des Kompilators klafften zahlreiche Lücken

und bestünden Widersprüche; seine politischen Motive erschienen als zu naiv, um als glaubwürdig gelten zu können.

2. Die Problematik des anonymen Informationsbeschaffungs- und Kompilationsprozesses werde durch das auffällige Fehlen präziser Quellenangaben verstärkt; außer vagen Angaben über Datum und grober Herkunft finden sich keinerlei Informationen über Autoren, Betreff, Verteiler, Archivierungsvorgänge, Dokumentennummern oder dergleichen; insgesamt erscheint die Überbringung der Materialien in Form von Computer-Disketten ohne Möglichkeit, die Originale zumindest in Kopie zu überprüfen, äußerst fragwürdig.
3. Nach Meinung verschiedener Chinaexperten biete die Textsammlung nichts wirklich Neues, sondern bestätige im Wesentlichen nur bekannte Einschätzungen; die darin dokumentierten Verhaltens- und Entscheidungsmuster sowie die Charaktere der beteiligten Akteure erschienen übermäßig geradlinig, stereotyp und holzschnittartig; einige Gesprächssituationen und rhetorische Details insbesondere der Dialoge seien unrealistisch. All dies lege nahe, dass es sich bei den Texten zumindest in Teilen um Konstruktionen auf der Grundlage von seit 1989 überkommenen konventionellen Interpretationen (etwa im Sinn einer „empathischen Intrapolation“, d.A.) handeln könne.
4. Die Tatsache der Zugänglichkeit zahlreicher anderweitiger Dokumentationen und Informationen im westlichen Ausland erhöhe die Wahrscheinlichkeit für die Konstruktion einer konsistenten, dem Anschein nach „faktengetreuen“ Narrative.

Angeichts der so zahlreich formulierten Zweifel an der Echtheit der Dokumente muss vorerst dahingestellt bleiben, welche Wirkungen das Buch auf die politische Situation in China nehmen könnte. Fragwürdig erscheint insbesondere die von Andrew Nathan selbst veranschlagte Bilanz des aus der Publikation zu erwartenden Schadens bzw. Nutzens für einige noch im Amt befindliche hohe

Politiker in China. Nach seinem Ermessen dürfte durch die Enthüllungen der Dokumente insbesondere das Ansehen des gegenwärtigen Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses Li Peng, aber auch des Staatspräsidenten, KPCh-Generalsekretärs und Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin beschädigt werden. Demgegenüber prognostiziert der Herausgeber, dass die Reformkräfte um den im Jahr 1989 von seinen Ämtern enthobenen Zhao Ziyang durch die Publikation gestärkt und damit ihre Chancen für ein Nachrücken in die höchsten Führungspositionen ab 2002 verbessert werden dürften. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint es unrealistisch, dass die Publikation eine derartig eindeutige politische Wirkung entfalten könnte, zumindest was die unterstellte Mechanik der „Schwächung der Bösen“ und „Stärkung der Guten“ angeht. (Nathan, Andrew/Link, Perry, *Die Tiananmen-Akte. Die Geheimdokumente der chinesischen Führung zum Massaker am Platz des Himmlischen Friedens*, Berlin: Propyläen 2001; Nathan, Andrew, „The Tiananmen Papers“, in: *Foreign Affairs*, Jan./Feb 2001, S. 2-48; Serie „China intern“, I-III, in: *Der Spiegel*, 2, 3, 4/01; XNA, 10.01.01; *Xinbao* (Hongkong), 18., 23.1.01; SCMP, 20.1.01; AWSJ, 9., 10.1.01; IHT, 8., 11.1.01; FT, 10., 19.1.01; FAZ, 8., 10.1.01; HB, 10.1.01; NZZ, 15.1.01). -hol-

12 Pflicht zur Offenlegung privater Vermögenswerte für Funktionäre auf Minister- bzw. Provinzebene

Im Rahmen der Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung hat die Zentrale Disziplinarkontrollkommission angeordnet, dass ab dem Jahr 2001 alle führenden Funktionäre auf Minister- bzw. Provinzebene Rechenschaft über ihre privaten Vermögenswerte abzulegen hätten.

Auf einer Plenarsitzung der Zentralen Disziplinarkontrollkommission Ende Dezember benannte Wei Jianxing, der Leiter der Kommission, Details der vorgesehenen Offenlegungspflicht. Danach soll es führenden Funktionären in Zukunft untersagt sein, Bargeld oder andere Vermögenswerte wie Wertpapiere, Immobilien, Autos etc. von Indi-

viduen oder Einheiten unter ihrer direkten oder indirekten Leitung, von Kunden ihnen unterstehender Betriebe oder von ausländischen Geschäftsleuten und privaten Geschäftsinhabern entgegenzunehmen. Auch die Annahme jeglicher finanzieller Bevorteilung durch Personen und Einheiten, zu denen Geschäftskontakte bestünden, würden untersagt. Ferner dürften keine Einladungen für Auslandsreisen angenommen werden, deren Zweck außerhalb der Amtskompetenzen lägen und die von heimischen Unternehmen oder ausländischen Unternehmen mit chinesischer Beteiligung finanziert würden. Schließlich sollen bereits bestehende Regelungen zur Bekämpfung korrupter Praktiken von Funktionären im Ruhestand sowie ihrer Gatt(inn)en und Kinder in ihrem Geltungsbereich ausgedehnt werden. Keine Erwähnung fand, ob die Informationen über die Vermögenssituation hoher Funktionäre auch der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

Mit diesem Schritt reagiert die Parteiführung auf seit über zehn Jahren wiederholte Vorschläge zur Einführung einer finanziellen Rechenschaftspflicht für hochrangige Partei- und Regierungsmitglieder. Neben den verbesserten Kontrollmöglichkeiten dürfte dabei vor allem das Ziel im Vordergrund stehen, den Unmut der Bevölkerung über die unbegrenzten Bereicherungsmöglichkeiten hoher Kader und ihrer Familien zu besänftigen.

Jiang Zemin, der anlässlich der genannten Sitzung Ende Dezember ebenfalls eine Rede hielt, betonte die hohe Bedeutung einer erfolgreichen und nachhaltigen Bekämpfung der Korruption für das weitere Überleben der Partei und der Regierung. Dazu sei es zunächst notwendig, durch vorübergehende radikale Maßnahmen ein ausreichend großes Abschreckungspotenzial zu erzeugen, auf dessen Grundlage dann für die verschiedenen systemischen Ursachen der Korruption zu beseitigen seien. Bemerkenswerterweise sprach er dabei offen an, dass die Kommunistische Partei Chinas im Lauf ihres bereits fünf Jahrzehnte währenden Daseins als herrschende Partei zunehmend Schwierigkeiten habe, Verfallserscheinungen in den eigenen Reihen entgegenzuwirken. Umso wichtiger sei es, einer weiteren Ent-

fremdung der Partei von den „Massen“ vorzubeugen und der verbreiteten Korruption entschlossen Einhalt zu gebieten.

Laut Aussage eines Mitglieds der Zentralen Disziplinarkontrollkommission seien die nun ergriffenen Maßnahmen darauf ausgelegt, innerhalb von fünf Jahren (also mit dem Ende des gerade eingesetzten Zehnten Fünfjahresplans, d.A.) eine effektive Eindämmung des Korruptionsproblems zu erreichen. (XNA, 26., 29.12.00, 20.1.01; SCMP, 4., 27.1.01) -hol-

13 Neue Eskalationsstufe im Falungong-Konflikt: Versuchte Selbstverbrennung von fünf Personen

Am Vorabend des Frühlingsfestes, an dem in China das traditionelle Neujahr gefeiert wird, haben nach übereinstimmenden internationalen und chinesischen Medienberichten fünf als Falungong-Anhänger identifizierte Personen versucht, sich auf dem Tiananmen-Platz im Zentrum Beijings selbst zu verbrennen. Eine Frau verlor dabei das Leben, während drei weitere Frauen bzw. Mädchen und ein Mann schwere Verbrennungen davontrugen.

Mit diesem Versuch einer kollektiven öffentlichen Selbstverbrennung erreicht der seit nunmehr über eineinhalb Jahren offen ausgetragene Falungong-Konflikt eine neue Eskalationsstufe. Dem Ereignis waren seit Anfang Januar mehrere neuerliche Provokationen zwischen der zunehmend international agierenden Falungong-Bewegung und der staatlichen Führung Chinas vorausgegangen.

So wurden trotz eines erheblichen Aufgebots an Sicherheitskräften im Zentrum Beijings die offiziellen Neujahrsfeiern am 1. Januar durch sporadische Proteste von Falungong-Anhängern auf dem Tiananmen-Platz überschattet. Im Laufe des Tages sollen rund 700 Personen, teils mit gewaltsamen polizeilichen Mitteln, auf dem Platz festgenommen worden sein.

Am selben Tag erschien auf der Webseite www.clearwisdom.net, die als quasi-offizielles Organ der Falungong-Organisation mit Sitz in New York, ein Neujahrs-Schreiben des Falungong-Gründers Li Hongzhi mit dem Titel

„Beyond the Limits of Forbearance“. Nach Aussagen mehrerer Kommentatoren soll dieses Schreiben eine Interpretation zugelassen haben, wonach den Anhängern nahegelegt werde, in kritischen Situationen von dem Ideal der „Nachsicht“ bzw. „Geduld“ (*ren*) abzuweichen und radikalere Mittel zu ergreifen, um sich gegen „üble Kräfte“ zur Wehr zu setzen. Die Website mit diesen und anderen zunehmend apokalyptischen Botschaften Li Hongzhis soll Anfang Januar auch in China teilweise zugänglich gewesen sein.

Provoziert sah sich die chinesische Führung ferner durch Protestaktionen chinesischer und ausländischer Falungong-Anhänger in Macau, Singapur und Hongkong (vgl. Übersicht Sparte Hongkong) zwischen Mitte Dezember und Mitte Januar.

Ab dem 8. Januar starteten die offiziellen chinesischen Medien daraufhin eine neue Propaganda-Offensive gegen den Falungong-„Kult“. In zahlreichen Leitartikeln und Kommentaren wurde Li Hongzhi vorgeworfen, im Verein mit westlichen Anti-China-Kräften „von Anfang an“ ehrgeizige politische Ziele verfolgt zu haben, die gegen die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas und auf eine nachhaltige Störung der gesellschaftlichen Stabilität gerichtet seien. Die chinesische Regierung sei daher entschlossen, im fundamentalen Interesse des chinesischen Volkes den Kult aufzulösen und den Prozess der Reform und Modernisierung zu konsolidieren.

Der Übergang zu einer offensiveren öffentlichen Darstellung des restriktiven staatlichen Vorgehens gegen Falungong war insbesondere Mitte Januar festzustellen. Offizielle Stimmen argumentierten nun, dass das Verbot von Falungong legal und legitim sei, da es dem „Willen des Volkes“ entspreche. Während die offizielle Rechtfertigung des Verbots bisher überwiegend gelautet hatte, dass man erst durch die Demonstration von über 10.000 Falungong-Anhängern im Zentrum Beijings im April 1999 auf das subversive Potenzial aufmerksam geworden sei, wurde nun herausgestellt, dass „das Volk“ bereits seit 1996 die Gefahren von Falungong erkannt und sich für Maßnahmen gegen den „Kult“ ausgesprochen habe (zur frühen Kritik an Falungong, vgl. C.a., 2000/2, S. 135-147) - dagegen findet die Demonstra-

tion vom April 1999 keine Erwähnung. Zur Bekämpfung des „sozialen Krebses“ habe man entschlossen zu den richtigen strafrechtlichen und administrativen Mitteln gegriffen, die sämtlich legitim und rechtmäßig eingesetzt worden seien. In diesem Zusammenhang bezifferten die offiziellen Medien die bisher gegen Falungong-Mitglieder wegen krimineller Handlungen ergangenen Urteile (zumeist langjährige Haftstrafen) mit 242. Benannt wurden ferner die Rechte der Polizei, im Umgang mit Falungong-Anhängern gegebenenfalls zu gewaltsamen Mitteln zu greifen.

Vor allem wurde die Form der administrativen Strafe einer Umerziehung in Arbeitslagern in diesem Kontext explizit als legitim verteidigt. Die Administrativhaft in Arbeitslagern sei im Jahr 1957 vom Nationalen Volkskongress gebilligt worden und seither mit verschiedenen Modifikationen als ein wichtiges Instrument zum Umgang mit geringfügigeren Verstößen gegen die öffentliche Ordnung in Kraft. (Ebenda) In der Vergangenheit sei diese Form der Administrativhaft, die von lokalen Verwaltungen für bis zu drei Jahren verhängt werden kann, mit Erfolg eingesetzt worden. Mehrere Beispiele von erfolgreicher Bekehrung und Umerziehung von Falungong-Anhängern füllten die Presse, darunter auch das Beispiel eines Chinesen mit kanadischer Staatsangehörigkeit, dessen Festnahme in China und Verbringung in ein Arbeitslager internationale Proteste ausgelöst hatte (vgl. C.a., 2000/11, Ü 14). Der Betroffene war in den Medien zu vernehmen, wie er sich bei Partei, Regierung und den Leitern des Arbeitslagers dafür bedankte, dass sie ihn so vortrefflich behandelt und von seinem Irrglauben abgebracht hätten.

Vor diesem Hintergrund der neuerlichen Eskalation des Konflikts gewinnen die versuchten Selbstverbrennungen - unabhängig von den tatsächlichen Motivationen der fünf Personen - eine verschärfte politische Symbolik. Übereinstimmend wurde von westlichen Journalisten und von chinesischen Reportagen berichtet, dass sich am Nachmittag des 23. Januar die besagten fünf Personen gleichzeitig an verschiedenen Orten auf dem Tiananmen-Platz in Beijing mit Benzin übergossen und anzündeten. Während

der Mann in sitzender Pose ausharrte, taumelten die vier Frauen bzw. Mädchen angeblich brennend mit erhobenen Armen und laut rufend durch die Menschenmenge. Polizisten bemühten sich umgehend, die brennenden Gestalten abzuschirmen und die schwellenden Brände zu löschen. Anschließend wurden die Personen in Krankenhäuser verbracht; eine Frau soll ihren Verbrennungen erlegen sein, während sich die anderen mit schweren Verbrennungen in Behandlung befinden.

Zwei CNN-Reporter, die das Geschehen gefilmt hatten, wurden von Sicherheitskräften für 90 Minuten in Gewahrsam genommen, die Filmrolle wurde konfisziert. Die chinesischen Medien berichteten zunächst nicht von dem Vorfall. Mit einwöchiger Verspätung entschloss man sich aber offenbar, die versuchten Selbstverbrennungen für die offizielle Propaganda gegen Falungong nutzbar zu machen. In zahlreichen offiziellen und semi-offiziellen Zeitungen (u.a. der beliebten *Beijing Youth Daily*) sowie im Fernsehen kamen die Überlebenden zur Sprache, die darin ihres Irrglaubens überführt wurden. In stark sensationalistischer Manier (die die Möglichkeit erzwungener Aussagen oder bewusster Inszenierung niemals vollständig ausschließen lässt) wurden insbesondere ein 12-jähriges Mädchen und eine 19-jährige junge Frau, in Bandagen kaum erkenntlich, vorgeführt, die angeblich jeweils von ihren Müttern (den anderen beiden Mitgliedern der Gruppe, von denen die eine gestorben ist) und anderen Verwandten zu der Tat verleitet worden seien. Man habe ihnen mit Verweis auf Li Hongzhis Schriften versprochen, dass sie durch die Selbstverbrennung binnen eines Augenblicks und ohne Schmerzempfindung ins „Paradies“ eingehen würden. Die unmissverständliche emotionale Botschaft der Reportagen lautete, dass diese unschuldigen jungen Menschen (implizit: wie so viele andere unschuldige Opfer in China und im Ausland) durch die üblen Lehren Li Hongzhis irreführt und sich binnen eines Augenblicks für den Rest ihres Lebens verstümmelt hätten. Der bereits früh an die Adresse von Li Hongzhi gerichtete Vorwurf, er würde durch seine Lehren zahlreiche Menschen geistig und körperlich schädigen und sei für den Tod von mindestens

rund 1.500 Personen verantwortlich, erhielt dadurch neue Nahrung.

Die offizielle Sprecherin der Falungong-Organisation in New York war demgegenüber bemüht, sich von den Selbstverbrennungen zu distanzieren. Kategorisch wurde begründet, dass es sich bei den fünf Personen nicht um „wahre“ Falungong-Praktizierende handle, da in den Schriften Li Hongzhis explizit nachzulesen sei, dass die Lehre es absolut verbiete, jemandem - und auch sich selbst - das Leben zu nehmen. Ferner wurde die diskretionäre Informationspolitik der VR China beklagt, die verhindere, dass man den genauen Ereignishergang überprüfen könne und die Motivationen der Gruppe klären könne. Die Sprecherin unterstellte, dass wie in der Vergangenheit auch hier bewusste Fälschungen und Verzerrungen der Fakten durch die chinesische Seite vorgenommen worden sein könnten.

Diese Argumentation erscheint für ein Publikum außerhalb des Falungong-„Glaubenskreises“ unbefriedigend, da sie nicht plausibel macht, wo die Grenze zwischen einem „echtem“ und einem „falschem“ Praktizieren von Falungong zu ziehen ist. Auch bleibt ungeklärt, woraus, wenn nicht aus einem mehr oder weniger naiven bzw. „falsch verstandenen“ Glauben an die Lehre Li Hongzhis, die Selbstverbrennungen sonst motiviert gewesen sein sollten.

Damit sind nun beide Konfliktseiten in einem starken Glaubwürdigkeitsdilemma gefangen. War in der westlichen öffentlichen Meinung bislang in erster Linie die offizielle chinesische Seite mit dem Verdacht der Irrationalität und ideologischen Befangenheit behaftet gewesen, so trifft dieser Verdacht spätestens mit dem jüngsten tragischen Ereignis nun massiv auch die Falungong-Bewegung. Der Pfad einer weiteren Eskalation scheint somit beinahe unausweichlich vorgezeichnet.

Unterdessen wurde das Aufgebot an Sicherheitskräften in Beijing weiter verstärkt. Nach einer Hongkonger Meldung ist die Stadtverwaltung dazu übergegangen, arbeitslose Personen für einen Lohn von 40 Yuan RMB (rund DM 10) pro Tag als zivile Patrouillien im Zentrum Beijings zu positionieren. (XNA, 5., 7., 16., 20., 30., 31.1.01; RMRB, 15.1.01; *Fazhi Ribao*, 18.1.01; *Beijing Qingnian*

Bao, 31.1.01; SCMP, 2., 31.1.01; *South China Post*, 22.12.01, nach SWB, 23.12.00; IHT, 4., 16., 24.2.01; AWSJ, 19., 24., 26., 29., 31.1.01; FT, 2., 24., 31.1., 01; NZZ, 8.1.01; SZ, 1.2., 2.1.01) -hol-

14 Berichte über Schließungen und Zerstörungen tausender religiöser Stätten in Wenzhou

Laut internationalen Presseberichten sind seit November letzten Jahres im Regierungsbezirk der Stadt Wenzhou in der Provinz Zhejiang mindestens 450, nach Hongkonger Angaben sogar über 3.000 Kirchen und Tempel geschlossen bzw. zerstört worden. Die genauen Zahlen wurden bislang nicht geklärt, jedoch spricht nichts dagegen, dass die Berichte grundsätzlich auf wahren Fakten beruhen.

Das Informationszentrum will erfahren haben, dass am 4. November letzten Jahres in der Region eine auf zwei Monate angesetzte Kampagne gestartet wurde, in der alle Kreis- bzw. Stadtbezirksverwaltungen aufgerufen wurden, ein Büro zur „Ausrichtung und Eindämmung illegaler religiöser Aktivitäten“ einzurichten. In drei Phasen - (1) Untersuchung und Lageeinschätzung, (2) ideologische und politische Arbeit und Studiensitzungen sowie (3) Schließung und Auflösung illegal betriebener religiöser Stätten - sollten die religiösen Aktivitäten der Region in geordnete Bahnen gelenkt werden.

Die Überprüfung von insgesamt über 8.000 Einrichtungen soll ergeben haben, dass von diesen nur 3.200 ordnungsgemäß registriert und also legal betrieben waren (darunter 1.200 protestantische und 120 katholische Kirchen, ferner buddhistische Klöster und daoistische Tempel). Die verbleibenden rund 5.000 „illegal“ geführten religiösen Stätten sollen seither massiven Attacken von Seiten der lokalen Verwaltungen ausgesetzt sein. Gemäß Zahlen vom 24. Dezember sollen bereits mindestes 3.011 davon geschlossen und/oder zerstört worden sein.

Wenzhou gilt als ein Zentrum religiöser Betätigung, was nicht zuletzt auf den materiellen Reichtum zurückgeführt wird, den die Region als einer der wichtigsten Vorreiter im Reformpro-

zess angesammelt hat. Unter der Bevölkerung von 7,2 Millionen Menschen sollen sich rund 1,3 Millionen Gläubige der verschiedenen Religionen befinden.

Das administrative Vorgehen gegen nicht ordnungsgemäß registrierte religiöse Stätten wird in seinem Umfang und seiner Intensität mit ikonoklastischen Kampagnen während der Kulturrevolution verglichen. Die Härte der Maßnahmen erkläre sich daraus, so der Bericht des Hongkonger Informationszentrums, dass von oberster Stelle, angeblich von Staatspräsident Jiang Zemin persönlich, die Anordnung ergangen sei, der Ausbreitung „feudalen Aberglaubens“ in der Bevölkerung jegliche Grundlage zu entziehen. Der Zusammenhang dieser Anordnung mit der Verfolgung der Falungong-Bewegung (vgl. vorangehende Übersicht) scheint offensichtlich. Lokale Kader zeigten einen besonderen Eifer bei der Durchführung der Kampagne, da sie laut Warnungen der zuständigen Aufsichtsorgane persönlich zur Verantwortung gezogen würden, wenn in dem ihnen unterstehenden Verwaltungsbereich Nachlässigkeiten festgestellt würden. (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 27.12.00, nach SWB, 30.12.00; NZZ, 8.1.01) -hol-

15 Massive Verstärkung der öffentlichen Sicherheitsmaßnahmen

Seit Ende Dezember häuften sich Forderungen der staatlichen Führung, landesweit und insbesondere in der Hauptstadt Beijing intensivere Vorkehrungen für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit zu treffen.

Lokale Verwaltungen sind aufgefordert, sich für eine Politik des „harten Zuschlagens“ (*yan da*) zu wappnen, um Aktivitäten krimineller Organisationen wie Mord, Kidnapping, Waffeneinsätzen, Sprengstoffanschlägen etc. sowie den zahlreichen Formen der Straßen- und Einbruchskriminalität, der Pornographie, des Glücksspiels, des Drogenmissbrauchs, des Schmuggels und verschiedenen Formen der Wirtschaftskriminalität Herr zu werden.

Führungskader in den jeweiligen zuständigen Abteilungen sollen persön-

lich verantwortlich gemacht werden, wenn es in ihrem Aufsichtsbereich zu schwerwiegenden Störungen der öffentlichen Sicherheit komme. Zum Zweck einer Erhöhung der Anreize für eine effektive polizeiliche Arbeit sollen die Gehälter der Sicherheitskräfte zumindest in der Stadt Beijing angehoben werden.

Ferner sollen in größeren Städten polizeiliche Spezialeinheiten geschaffen werden, die im Fall von Unruhen oder Aufständen zum Einsatz kommen sollen. In Großstädten wie Beijing oder Shanghai sollen mindestens 300 Mann, in Provinzhauptstädten mindestens 200 Mann und in anderen Städten eine „angemessene Zahl“ von Sicherheitskräften für die Bildung dieser Spezialeinheiten bereitgestellt werden.

Als Anlass für die Verstärkung der Sicherheitsvorkehrungen finden sich Hinweise für mehrere Motive. Hier ist zunächst die jüngste Entschlossenheit der staatlichen Führung zu nennen, die Protestaktivitäten der Falungong-Bewegung einzudämmen, deren Anhänger sich seit über eineinhalb Jahren so hartnäckig dem Sicherheitsapparat widersetzen (vgl. Übersicht oben). Ferner könnte das Bestreben der Regierung im Hintergrund stehen, die zahlreichen Triaden und kriminellen Untergrundorganisationen zu bekämpfen, die sich, wie inzwischen auch offizielle Quellen eingestehen, seit einigen Jahren in chinesischen Großstädten ausgebreitet haben (vgl. C.a., 2000/11, Ü 21). Schließlich liefert der Besuch des Internationalen Olympischen Komitees in Beijing, der für die zweite Februarhälfte geplant ist, einen konkreten Anlass für die verstärkten Sicherheitsmaßnahmen. Beijing bewirbt sich gemeinsam mit Osaka, Toronto, Istanbul und Paris um die Austragung der Olympischen Spiele im Jahr 2008. Die chinesische Führung ist bestrebt, ein erneutes Scheitern der Bewerbung (zuletzt war Beijing Sydney knapp unterlegen) mit allen Mitteln zu verhindern. Die Unterbindung jeglicher Störung der öffentlichen Ordnung in der Bewerbungsphase hat daher hohe politische Priorität. (XNA, 20., 27.12.00, 21.1.01; FT, 22.1.01; IHT, 30.1.01; FAZ, 31.1.01) -hol-

16 Signale für Fortschritte im Strafrechtsbereich?

In einer bemerkenswert kritischen öffentlichen Stellungnahme eines hohen Vertreters der Legislative sind Mängel in der Umsetzung der im Jahr 1997 revidierten Strafprozessordnung eingeräumt worden. Das offizielle Eingeständnis kann als Ausdruck seriöser Bemühungen der staatlichen Führung gewertet werden, internationalen Forderungen nach Reformen im Strafrechtsbereich nachzukommen. Allerdings belegen verschiedene Meldungen, dass hier noch eine weite Wegstrecke zurückzulegen sein wird.

Laut dem Vorsitzenden des Fachausschusses des Nationalen Volkskongresses für Inneres und rechtliche Angelegenheiten, Hou Zongbin, habe eine in insgesamt zwölf Provinzen durchgeführte Untersuchung ergeben, dass Phänomene wie übermäßig langes Festhalten von Personen in Untersuchungshaft oder das Erpressen von Geständnissen in einigen Landesteilen noch immer weit verbreitet seien. Auch drei Jahre nach dem in Kraft treten der revidierten Strafprozessordnung, die die Unschuldsvermutung in das chinesische Strafrecht einführte, Rechtsanwälten eine effektivere Rolle in Strafprozessen einräumte, den Straftatbestand „konterrevolutionärer“ Verbrechen abschuf und insgesamt einen verbesserten Schutz der Angeklagten vor polizeilicher und gerichtlicher Willkür etablierte, seien die Missstände vielerorts noch nicht beseitigt. Unter anderem habe man mehrere Fälle aufgedeckt, in denen Richter, Staatsanwälte und Polizei gemeinsam die Arbeit von Strafverteidigern behindert hätten, indem sie Kontakte mit deren Mandanten oder den Zugang zu relevanten Gerichtsakten erschwert hätten. Bei vielen Angehörigen des Justizwesens sei ein falsches oder mangelndes Verständnis der neuen Rechtsgrundlagen festzustellen, die häufig als „zu fortschrittlich für China“ empfunden werde.

Die potenziellen Gefahren strafrechtlicher Willkür werden besonders plastisch, wenn man sich die hohe Zahl von Todesurteilen ins Gedächtnis ruft, die in der VR China regelmäßig - auch und gerade wegen nicht kapitaler Verbrechen - vollstreckt werden. So wurden etwa im Januar mehrere Fälle be-

kannt, in denen Straftaten wie organisierter Diebstahl von Gemüse oder die Verursachung von tödlichen Verkehrsunfällen mit Fahrerflucht mit dem Tode bestraft wurden. Nach Angaben von Amnesty International wurden in den neunziger Jahren in China über 18.000 Menschen - und damit mehr als im gesamten Rest der Welt - hingerichtet.

Dennoch zeichnen sich im Strafrechtsbereich graduelle Fortschritte ab. Zumindest geben Untersuchungen wie die oben genannte des NVK ansatzweise Grund zu der Hoffnung, dass mit der Benennung der Probleme der Druck auf die Führung wächst, das Justizsystem zu reformieren. Der bevorstehende Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation dürfte diesen Druck verstärken.

So berichtete die Zeitung *Legal Daily* Mitte Januar, dass einem Opfer justizieller Willkür in der Provinz Sichuan eine Entschädigungssumme in der bisherigen Rekordhöhe von über einer Million Yuan RMB zugestanden worden sei. Der Angestellte einer staatlichen Bank war 1991 wegen Verdachts auf Beteiligung an einem Bankraub von einem lokalen Gericht „fälschlicherweise“ verhaftet und zum Tode verurteilt worden. Erst im April 1999 wurde der Mann, der bis dahin in Haft festgehalten worden war, auf Anweisung des Provinzgerichts auf freien Fuß gesetzt, da keine ausreichenden Beweise für seine Schuld erbracht werden konnten. Im Juli 2000 soll der Betroffene das Gericht und die Staatsanwaltschaft, die für seine Verhaftung verantwortlich waren, auf Zahlung von Schadensersatz für die ihm entstandenen Einkommensausfälle und den psychischen Schaden verklagt haben. Die geforderte Summe soll ihm daraufhin vollständig zugestanden worden sein. (XNA, 29.12.00, 20.1.01; *Fazhi Ribao*, 16.1.01; NZZ, 19.1.01) -hol-

17 Drei einwöchige Feiertagsruhen im Jahr 2001

Gemäß einer Verordnung des Staatsrats sind für das Jahr 2001 landesweit drei einwöchige Feiertagsruhen geplant. Durch teilweises Vorziehen einzelner Arbeitstage auf Wochenenden soll erreicht werden, dass Beschäftigte jeweils eine ganze Woche (sieben

Tage) von der Arbeit freigestellt werden.

So waren regulär Beschäftigte anlässlich des chinesischen Neujahrsfestes vom 23. bis 30. Januar freigestellt (was faktisch in vielen Betrieben und Dienstleistungseinheiten auf einen Urlaub ab dem 19. Januar hinauslief). Eine weitere freie Woche ist anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit für den 1. bis 7. Mai veranschlagt (wofür das letzte Wochenende im August geopfert wird). Schließlich wird der Nationalfeiertag die dritte Urlaubspause einläuten, die für den 1. bis 7. Oktober geplant ist (Vorarbeit dafür am letzten Septemberwochenende).

Offenbar will die Regierung durch diese Feiertagsregelung, wie bereits im letzten Jahr, die Konsum- und insbesondere die Reisefreudigkeit der Bevölkerung systematisch stimulieren. Standen die zusätzlich gewährten Urlaubstage im vergangenen Jahr explizit im Zeichen der Überwindung der Deflation und Konsumflaute, so lässt sich inzwischen auch als ein allgemeineres Motiv der Regierung vermuten, den gestiegenen durchschnittlichen Lebensstandard stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein treten zu lassen. Bemerkenswert erscheint an der Feiertagsregelung allerdings, dass sie nicht wie in den meisten anderen Ländern an den klimatischen Verhältnissen ausgerichtet ist (so ist es im Juni und Juli in großen Landesteilen Chinas gewöhnlich so schwül, dass an ein effizientes Arbeiten nur bedingt zu denken ist), sondern in erster Linie dem Kalender politischer Symbolik folgt. (XNA, 4.1.01) -hol-

quan in der Provinz Gansu abgeschossen worden und landete am 16. Januar nach 108 Erdumkreisungen wohlbehalten in der Inneren Mongolei. Das Kommando lag wiederum beim Aerospace-Kontrollzentrum in Beijing, das mit Hilfe eines land- und seegestützten Monitoring- und Kontrollsystems, einschließlich vier Messschiffen im Atlantik, Pazifik und Indik, den Flug lenkte. Der unbemannte Raumflug dient der Vorbereitung auf bemannte Raumflüge, für die die gleiche Technologie benutzt wird. Auch dieser Raumflug diente mehreren wissenschaftlichen Experimenten auf den Gebieten Lebenswissenschaften, Materialien, Astronomie und Physik. Erstmals waren auch Tiere an Bord gewesen, damit der Einfluss des Weltraums auf die Lebensformen von Lebewesen getestet werden konnte. Die Experimente wie auch der gesamte Raumflug wurden als erfolgreich bezeichnet. Mit dem ersten bemannten Raumflug Chinas wird von Seiten ausländischer Beobachter nicht vor dem Jahr 2003 gerechnet. (RMRB, GMRB, XNA, 10. u. 17.1.01; vgl. auch FAZ, 11.1.01) -st-

19 Zehnjahres-Entwicklungsplan für Akademie der Wissenschaften

Anlässlich einer Arbeitssitzung der Chinesischen Akademie der Wissenschaften gab Akademiepräsident Lu Yongxiang einen Entwicklungsplan für die Akademie der Wissenschaften in den kommenden zehn Jahren bekannt. Mit diesem Plan will die Akademie weiter an ihrem Ziel arbeiten, sich als zentrales Wissenschaftszentrum der VR China zu etablieren und zugleich auch international seinen Ruf zu stärken. Beide Ziele sollen vor allem dadurch erreicht werden, dass die Akademie der Wissenschaften im Rahmen des „Programms für die Innovation des Wissens“, das im Juni 1998 formell begonnen wurde (vgl. C.a., 1998/6, Ü 9), ihre Position als Hauptversuchspunkt dieses Programms festigt und weiter ausbaut. So sollen im kommenden Jahrzehnt rund achtzig nationale Forschungsinstitute eingerichtet werden, die die Fähigkeit zu wissenschaftlich-technischen Innovationen und kontinuierlicher Entwicklung haben. Von diesen Instituten sollen etwa dreißig Institute weltweit anerkannt und von hohem Forschungsniveau sein, drei bis

fünf sollen zu den international besten gehören.

Lu unterbreitete seine Vorstellungen in sechs Punkten:

1. Die Akademieinstitute sollen hervorragende Arbeit leisten, indem sie zu Stützpunkten von internationalem Niveau für wissenschaftlich-technische Innovationen werden.
2. Die Sektionen der Akademie sollen weiter gestärkt werden, sodass sie zu einem nationalen Pool für wissenschaftliches Denken werden.
3. Die Akademie soll zur wichtigsten Basis Chinas für die Ausbildung hochqualifizierter Wissenschaftler werden.
4. Sie soll ein wichtiger Stützpunkt für die Schaffung eines Systems und eines Mechanismus für die Umsetzung wissenschaftlich-technischer Neuerungen sein mit dem Ziel, die Entwicklung der Hightech-Industrie Chinas zu fördern.
5. Sie soll unter vollständiger Ausschöpfung ihrer reichhaltigen Wissensquellen und wissenschaftlichen Infrastruktur wissenschaftliche Kenntnisse in die Gesellschaft tragen, wissenschaftlichen Geist verbreiten und wissenschaftliche Methoden fördern und zu einem nationalen Zentrum für eine moderne Wissenschafts- und Innovationskultur werden.
6. Sie soll durch weitere Öffnung nach außen und Intensivierung des Wissenschaftsaustauschs eine wichtige Vertreterin Chinas in der internationalen Wissenschaftswelt sein.

Wie der Präsident weiter erläuterte, hat die Akademie seit der Aufnahme ihrer Arbeit als Testpunkt für das „Programm für die Innovation des Wissens“ im Juni 1998 bis zum Jahresende 2000 die Anfangsphase des Programms erfolgreich abgeschlossen. In einer zweiten Phase, die mit Jahresbeginn 2001 einsetzt und fünf Jahre dauern wird, soll das Programm zur vollen Entfaltung kommen. Bei allem Optimismus, den Lu Yongxiang an den Tag legte, verhehlte er jedoch nicht, dass es auch Probleme gibt. So mangle es an Perspektiven hinsichtlich der wissenschaftlich-technischen Ziele und der Anpassung der geographischen Verteilung. Zudem gebe es

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 Zweites unbemanntes Raumschiff im All

Vierzehn Monate nach dem Start der ersten unbemannten Raumkapsel (vgl. C.a., 1999/11, Ü 15) hat China am 10. Januar 2001 zum zweiten Mal ein unbemanntes Raumschiff in den Weltraum geschickt. Die Raumkapsel „Shenzhou II“ war wie ihre Vorgängerin vom Raumfahrtzentrum Jiu-